



Baden-Württemberg

Aktionsplan des Landes Baden-Württemberg gegen Desinformation



Inhaltsverzeichnis

I. Warum wir handeln müssen	3
II. Leitstrategie: So begegnen wir Desinformation	5
III. Was wir bereits bewegen	5
IV. Was wir als Nächstes anpacken.....	11
V. Unser Blick nach vorne	15

I. Warum wir handeln müssen



Desinformation wird zum zweiten Jahr in Folge im Global Risks Report 2025 des Weltwirtschaftsforums¹ als das größte kurzfristige Risiko für unsere Gesellschaft benannt. Diese Einschätzung ist ein Weckruf: Desinformation ist längst kein Randphänomen mehr, sondern eine globale Bedrohung mit verheerenden Auswirkungen.

Desinformation ist die bewusste und zweckgerichtete Verbreitung objektiv unzutreffender, irreführender oder in wesentlichen Teilen unvollständiger Inhalte, um Einzelpersonen, Gruppen oder die öffentliche Meinung zu beeinflussen.²

Desinformation tritt in vielen Formen auf – von subtil verfälschten Nachrichten und manipulierten Bildern bis hin zu orchestrierten Kampagnen. Das Ziel: unsere Gesellschaft zu spalten und unsere Demokratie zu schädigen. Desinformation verbreitet sich schneller als je zuvor, weil Informationen in Sekundenschnelle über soziale Medien, Online-Plattformen und weitere Kanäle zirkulieren. Ihre Geschwindigkeit, Reichweite und Vielschichtigkeit machen sie zu einer Gefahr, die schwer zu erkennen und noch schwerer einzudämmen ist. Das macht sie so wirkmächtig.

Die Folgen sind gravierend. Desinformation kann:

- eine Vertrauenskrise gegenüber Institutionen und Medien auslösen,
- unsere Wirtschaft und Innovationskraft schwächen,
- unsere Bevölkerung spalten und polarisieren
- und unsere Demokratie und unsere Gesellschaft destabilisieren.

In Baden-Württemberg nehmen wir diese Bedrohung ernst. Mit der Gründung der Taskforce Desinformation im Frühjahr 2025 unter der Federführung des Innenministeriums in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz und dem vorliegenden Aktionsplan gegen Desinformation stellen wir uns dieser Herausforderung entschlossen entgegen. Der Aktionsplan ist im engen Schulterschluss verschiedener Ressorts und in Zusammenarbeit mit

¹ The Global Risks Report 2025, 20. Auflage, World Economic Forum, https://reports.weforum.org/docs/WEF_Global_Risks_Report_2025.pdf

² Der Ausdruck „Fake News“ wird vielfach synonym zu „Desinformation“ verwendet. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird er jedoch unterschiedlich und oft unscharf genutzt und kann je nach Sprecher und Kontext verschiedene Bedeutungen haben. Zwar können im Einzelfall die definitorischen Merkmale von Desinformation durch „Fake News“ erfüllt sein; die seit dem US-Präsidentenwahlkampf 2016 zu beobachtende inflationäre Nutzung des Begriffs als polemischer Kampfbegriff gegen unerwünschte Berichterstattung hat seinen ursprünglichen Bedeutungsgehalt jedoch erheblich relativiert. „Fake News“ ist daher nicht mit dem hier zugrunde gelegten Begriff „Desinformation“ gleichzusetzen.

Akteuren entstanden, die tagtäglich an der Schnittstelle von Bildung, Medienkompetenz, demokratischer Resilienz und Sicherheit arbeiten.³ Damit bündelt der Aktionsplan Fachwissen und praktische Erfahrung, um eine wirksame, koordinierte und nachhaltige Strategie zu entwickeln.

Mit den Landtagswahlen 2026 steht eine Bewährungsprobe für die demokratische Resilienz unseres Landes bevor. Denn der digitale Informationsraum eignet sich in den kommenden Monaten als besonders fruchtbarer Boden für neue, gezielte Kampagnen, die den Ausgang der Wahl beeinflussen können.

Beispiel „SEI GRÜNER!“

Anfang 2025 kam es u. a. in Baden-Württemberg zu mutwilligen Sachbeschädigungen an parkenden Kraftfahrzeugen, indem die Auspuffrohre mit Bauschaum verklebt wurden.

Am Tatort aufgefundene Flyer („SEI GRÜNER!“ und Fotos von Dr. Robert Habeck) suggerieren einen Zusammengang zu klimaaktivistisch motivierten Tatumständen.

Dieses Vorgehen entspricht nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz dem Modus Operandi russischer Nachrichtendienste, so dass es sich bei den Tätern möglicherweise um sogenannte Low-Level-Agents handeln könnte. Low-Level-Agents werden genutzt, um – wissentlich oder unwissentlich – Aktionen im Auftrag russischer Stellen als False-Flag-Aktion mit falschem Framing durchzuführen.

Der Aktionsplan versteht sich als dynamisches Dokument, das regelmäßig überprüft, angepasst und erweitert wird – im Einklang mit den Entwicklungen im digitalen Raum und den Erfahrungen unserer Gesellschaft. Er markiert den Beginn eines fortlaufenden Prozesses, in dem die Erfahrungen aus Schlüsselereignissen in unserem Land – wie den Landtagswahlen – aufgegriffen werden können, um wichtige Konsequenzen für die Fortschreibung unserer Strategie in der Bewältigung von Desinformation zu ziehen.

Neben den bereits in der Taskforce Desinformation engagierten Partnern sollen perspektivisch weitere zentrale Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien einbezogen werden, um gemeinsam einen starken Schutzschild gegen Desinformation zu schmieden. So wird der Aktionsplan Schritt für Schritt aufwachsen – mit dem Ziel, unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg nachhaltig zu sichern.

³ An der Taskforce Desinformation sind derzeit auf Ressortebene neben dem federführenden Innenministerium das Staatsministerium, das Kultusministerium, das Wissenschaftsministerium, das Wirtschaftsministerium, das Sozialministerium und das Justizministerium und auf Arbeitsebene das Landesamt für Verfassungsschutz, das Landeskriminalamt, die Cybersicherheitsagentur, die Landeszentrale für politische Bildung, das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, das Landesmedienzentrum und die Landesanstalt für Kommunikation beteiligt.

II. Leitstrategie: So begegnen wir Desinformation

Baden-Württemberg begegnet Desinformation mit einem vorausschauenden, abgestimmten und dauerhaft wirksamen Vorgehen und verfolgt eine Strategie, die vorhandene Stärken nutzt, bestehende Initiativen weiterentwickelt und präventive, aufklärende sowie reaktive Ansätze miteinander verbindet. Auf diese Weise wollen wir die demokratische Resilienz stärken und faktenbasierte Informationsräume sichern.

Der Aktionsplan stützt sich dabei auf drei strategische Säulen: das Erkennen von Desinformation, das Aufbereiten und Vermitteln gesicherter Informationen sowie das zielgruppengerechte Kommunizieren über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

1. Desinformation erkennen und Sachverhalte feststellen

Frühzeitige Erkennung und Analyse von Desinformation bilden die Grundlage wirksamen Handelns. Dazu gehören Monitoring, Netzwerkanalyse und eine enge Zusammenarbeit von Behörden, Bildung, Medien, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

2. Gesicherte Informationen aufbereiten und vermitteln

Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse werden Inhalte so aufbereitet, dass sie für die Öffentlichkeit verständlich und nachvollziehbar sind. Dazu zählen sowohl konkrete Beispiele von Desinformation als auch wissenschaftlich fundierte Empfehlungen und Orientierungshilfen zum Umgang mit ihr. Ziel ist es, Transparenz zu schaffen und Informationskompetenz zu stärken.

3. Faktenbasiert und zielgerichtet kommunizieren

Die aufbereiteten Informationen werden über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Bildungseinrichtungen, Medien, Arbeitgeber, Verbände und digitale Plattformen gezielt verbreitet. So erreichen faktenbasierte Botschaften die Menschen dort, wo sie Informationen aufnehmen und tragen zu einem informierten, widerstandsfähigen öffentlichen Diskurs bei.

Die folgende Darstellung bestehender Aktivitäten in Baden-Württemberg bildet die Grundlage für diese Strategie: Sie zeigt, was bereits erfolgreich läuft, und hilft, Optimierungspotenziale zu erkennen und gezielt zu erschließen. Darauf aufbauend fokussieren wir uns auf die Maßnahmen, mit denen Baden-Württemberg den Schutz vor Desinformation zeitnah weiter stärkt.

III. Was wir bereits bewegen

Baden-Württemberg verfügt bereits über ein starkes Fundament im Umgang mit Desinformation. Zahlreiche Initiativen, Programme und Partnerschaften tragen dazu bei, Medienkompetenz zu fördern, Aufklärung zu stärken und demokratische Resilienz zu festigen. Diese vorhandenen Strukturen bilden die Grundlage, auf der der Aktionsplan aufbaut und gezielt weiterentwickelt wird.

1. Sicherheit

Im Sinne der skizzierten Leitstrategie beginnt wirksames Handeln gegen Desinformation mit ihrer rechtzeitigen Erkennung und fundierten Analyse. Hierbei nimmt das **Landesamt für Verfassungsschutz** eine besondere Rolle ein. Sein gesetzlicher Auftrag sieht die Beobachtung **extremistischer** Bestrebungen, **fremdstaatlicher sicherheitsgefährdender** und **geheimdienstlicher** Tätigkeiten vor. Im Rahmen dieser Beobachtung können im Einzelfall **Desinformationsaktivitäten** beispielweise mittels Open-Source-Intelligence⁴ **erkannt** und unter den gesetzlichen Voraussetzungen weiterverarbeitet **werden** – beispielsweise zur **Unterrichtung der Öffentlichkeit**. Damit verfügt das Landesamt für Verfassungsschutz als einziger staatlicher Akteur im Land über einen gesetzlichen Rahmen, der eine **Detektion von verfassungsschutzrelevanten** Desinformationsaktivitäten fremder Mächte und extremistischer Akteure ermöglicht. Hierbei hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen 360-Grad-Blick, ist mithin auf keinem Auge blind und geht konsequent vor. Seinem Auftrag zur Unterrichtung der Öffentlichkeit kommt das Landesamt für Verfassungsschutz in Bezug auf die zielgruppenorientierte Aufklärung über Desinformation oder verwandte Phänomene der Einflussnahme im Informationsraum (z. B. Propaganda, Verschwörungserzählungen, extremistische Agitation) bereits heute in vielfältiger Weise nach. So werden Akteurinnen und Akteure in der Landespolitik sowie die Öffentlichkeit periodisch (z. B. Parlamentarisches Kontrollgremium, Verfassungsschutzbericht) oder anlassbezogen (z. B. Homepage-Beiträge, Sensibilisierungsschreiben, Vortragsveranstaltungen) über verfassungsschutzrelevante Desinformation informiert. Die jüngst erfolgte Einrichtung der **Arbeitseinheit Taskforce Desinformation beim Landesamt für Verfassungsschutz** ermöglicht seit neuestem eine **zentrale Sammlung und Koordinierung verfassungsschutzrelevanter Informationen** zum Thema. Dies schafft die Grundlage für eine fokussierte phänomenübergreifende Analyse von Desinformation, die für wertvolle Impulse in der Sensibilisierungsarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und anderer Akteurinnen und Akteure sorgen kann.

Auch die **Landespolizei** und die **Cybersicherheitsagentur** sind in ihrem Aufgabenfeld vom Thema Desinformation betroffen. Die Sicherheitsbehörden arbeiten diesbezüglich eng, zielgerichtet und wirksam zusammen, wobei in diesem Kontext dem **Informationsaustausch im Staatsschutz- und Anti-Terrorismuszentrum Baden-Württemberg** (SAT BW) eine große Bedeutung zukommt. Schließlich setzt sich auch die **Landeskriminalprävention** mit dem Thema auseinander und beteiligte sich zum Beispiel an der Entwicklung eines **digitalen Wimmelbildes**, auf dem über politisch motivierte Verschwörungsmymen interaktiv aufgeklärt wird.⁵ Zudem tragen die **Sicherheitsbehörden** im Umfeld von **Wahlen** mit **gemeinsamen Angeboten**,

⁴ Open Source Intelligence (OSINT) bezeichnet die Informationsgewinnung aus offenen Quellen. Sie beinhaltet die Auswertung von Internetseiten, Presseerzeugnissen und Büchern sowie die gezielte Recherche nach sämtlichen weiteren öffentlich zugänglichen Informationen zu einer Person oder zu einem Objekt.

⁵ <https://www.zivile-helden.de/wimmelbild/>

in denen Desinformation thematisiert wird, zur Bewusstseinsbildung und präventiven Beratung bei.⁶

2. Bildung und Medienkompetenz

Bildung spielt eine zentrale Rolle im Kampf gegen Desinformation. Sie vermittelt die notwendigen Nachrichten- und Informationskompetenzen, um sich sicher und kritisch in der digitalen Informationswelt zu bewegen – von der Unterscheidung seriöser und unseriöser Quellen bis zur Einordnung von Manipulationsabsichten. Diese Fähigkeiten sind Kernbestandteile politischer Mündigkeit und Voraussetzung für informierte Entscheidungen und demokratische Teilhabe.

Die Förderung von Medienkompetenz, Demokratiebildung und Strategien zur Auseinandersetzung mit Desinformation zählt daher zu den zentralen Bildungsaufgaben. Schulen tragen hierbei eine besondere Verantwortung, junge Menschen zu kritisch denkenden und verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen. Zugleich ist Bildung eine lebenslange Aufgabe. Die Fähigkeit, Desinformation zu erkennen und einzuordnen, muss über alle Altersgruppen hinweg gestärkt werden. In Baden-Württemberg bestehen hierfür bereits starke Strukturen und engagierte Akteurinnen und Akteure: Das Staatsministerium, das Kultusministerium, das Sozialministerium, das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, das Landesmedienzentrum, die Landesanstalt für Kommunikation sowie die Landeszentrale für politische Bildung arbeiten eng zusammen, um Medien- und Informationskompetenz gezielt zu fördern. Mit der bereits seit dem Jahr 2010 bestehenden Medienkompetenz-Initiative der Landesregierung „**MedienFokus BW**“ (vormals: Kindermedienland Baden-Württemberg) werden – gemeinsam mit den Trägern und Medienpartnern der Initiative – zahlreiche Projekte, Aktivitäten und Akteurinnen und Akteure im Land gebündelt, vernetzt und durch feste Unterstützungsangebote ergänzt. Dadurch entsteht eine breite öffentliche Aufmerksamkeit für die Themen Medienbildung und -erziehung – ein zentraler Baustein zur Stärkung von Medienkompetenz als wichtigem Faktor im Kampf gegen Desinformation.

Konkrete Beispiele für die Stärkung von Medienbildung und Informationskompetenz sind:

- Das neue Pflichtfach „**Informatik und Medienbildung**“, das ab Klasse 5 an allen allgemein bildenden Schularten durchgängig unterrichtet wird und systematisch informatische und mediale Kompetenzen fördert. Dabei vermittelt der Informatikanteil grundlegende Kompetenzen – vom Umgang mit textbasierten Programmiersprachen über das Verständnis von Algorithmen bis hin zu ersten Einblicken in die Funktionsweise von Künstlicher Intelligenz.

⁶ <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/land-kommunen/lebendige-demokratie/wahlen/sicherheit-im-wahlkampf>

- Das EU-Projekt „**Critical Making**“ mit Beteiligung des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung, das innovative Fortbildungskonzepte für Lehrkräfte im MINT-Bereich entwickelt, mit dem Ziel, eine kritische Auseinandersetzung mit naturwissenschaftlich geprägter Desinformation zu fördern.
- Die Kampagne „**BITTE WAS?! Kontern gegen Fake und Hass**“ des Landesmedienzentrums, die Workshops und Aktionstage für Schülerinnen und Schüler aller Schularten anbietet. Besonders nachgefragt ist der Workshop „Umgang mit Fake News“.
- Das Serious Game „**THE FEED**“ der Landesanstalt für Kommunikation, in dem die Spielerinnen und Spieler in einer simulierten Social-Media-Umgebung die Mechanismen algorithmischer Beeinflussung und Desinformation erleben. Dieses innovative Angebot wird mittlerweile durch das Kultusministerium und die Landesanstalt für Kommunikation offiziell für den Einsatz im neuen Fach „**Informatik und Medienbildung**“ empfohlen.
- Der Workshop „**Achtung Fake News. Gib Falschmeldungen keine Chance!**“ der Landeszentrale für politische Bildung, in dem Schülerinnen und Schüler eigene Fake-Posts erstellen und anschließend lernen, Desinformation zu erkennen und entsprechende Werkzeuge anzuwenden.
- Außerhalb des schulischen Bereichs fördert das Sozialministerium im Rahmen des Aufrufs „**Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung für Menschen mit Armutserfahrung**“ acht Projekte, in denen Menschen mit Armutserfahrung Kompetenzen vermittelt werden, wie sie unter anderem verschwörungstheoretischen und extremistischen Weltanschauungen entgegenwirken können. Weitere geförderte Maßnahmen und Angebote, wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, die Distanzierungsberatung und die Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit befassen sich mit der Prävention von Desinformation, besonders mit Verschwörungserzählungen, um Radikalisierung, Polarisierung sowie Diskriminierung entgegenzuwirken.
- Schließlich ist als aktuelles Beispiel für politische Bildung im Zusammenhang mit Desinformation die am 22. Oktober 2025 stattgefundene **Landesdemokratiekonferenz 2025** des Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die sich unter anderem mit dem Einfluss von Fake News auf die Meinungsbildung auseinandergesetzt hat, hervorzuheben.

3. Medienregulierung

Eine verantwortungsvolle Regulierung der digitalen Medienlandschaft ist ein zentraler Baustein zum Schutz demokratischer Informationsräume. Sie schafft die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass Desinformation eingedämmt und verlässliche Informationsquellen gestärkt werden können.

Regulierung findet bereits heute auf europäischer und nationaler Ebene statt. Auf EU-Ebene setzen insbesondere der Digital Services Act und der Digital Markets Act neue Maßstäbe für die Verantwortung von Digitalunternehmen, ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu



gewährleisten. Ergänzend enthalten die von den Ländern geschlossenen Medienstaatsverträge Bestimmungen, die dem Schutz vor Desinformation dienen – etwa durch Auffindbarkeitsregelungen, die journalistisch hochwertige Inhalte sichtbar machen und den öffentlichen Mehrwert fördern oder die Verpflichtung zur Einhaltung journalistischer Standards bei journalistisch-redaktionell gestalteten Telemedien.

4. Wissenschaft

Die Wissenschaftslandschaft in Baden-Württemberg trägt durch die ihr immanenten Aufgaben dazu bei, Desinformation zu begegnen: Die Wissenschaft fördert kritische Denkweise, indem sie verlässliche, faktenbasierte Informationen bereitstellt und Hypothesen und Theorien im Rahmen des wissenschaftlichen Diskurses immer wieder kritisch überprüft, neu begründet und weiterentwickelt.

Die Hochschulen und Kunsteinrichtungen in Baden-Württemberg haben die Herausforderung durch Desinformation früh erkannt und bereits zahlreiche Initiativen gestartet. Mehr als 250 Aktivitäten befassen sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Thema – von der Forschung über Lehre bis hin zu zivilgesellschaftlichen Projekten. Hochschulen, Universitäten und Kultureinrichtungen haben Desinformation in Curricula verankert, Forschungsprojekte initiiert und Veranstaltungen durchgeführt.

Dazu zählen unter anderem:

- **Einsatz innovativer Technologien**, wie im Projekt „FACTSbot“ an der Hochschule der Medien Stuttgart, das KI zur Prüfung des Wahrheitsgehalts von Nachrichten nutzt.
- **Zivilgesellschaftliche Sensibilisierung**, etwa durch öffentliche Vorträge wie „Wie Social Media unser Leben verändert“ an der Pädagogischen Hochschule Weingarten im Rahmen der Kinderuni oder Veranstaltungen wie „Alles Fake oder was?“ der Badischen Landesbibliothek.
- Intensive **Forschungsaktivitäten**, z.B. in dem EU-Projekt „VIGILANT“ durch das Center for Security and Society (CSS) an der Universität Freiburg. Ziel von VIGILANT ist es, die europäischen Polizeibehörden mit fortschrittlichen Technologien auszustatten, damit Desinformationen, die zu kriminellen Aktivitäten führen, frühzeitig entdeckt und analysiert werden.
- **Prävention**, u.a. durch Projekte wie „PREVENT“ zur Entwicklung von Trainingsansätzen gegen digitale Desinformationskampagnen der Universität Tübingen oder „Radikalisierungsprävention in Wissenschaft und Praxis: Ein Transfermodell“ der Dualen Hochschule Baden-Württemberg.

Die wichtigste Voraussetzung für die Arbeit der Forschenden – insbesondere wenn es darum geht, Desinformation zu begegnen – ist die Wissenschaftsfreiheit. Das Wissenschaftsministerium trägt maßgeblich dazu bei, die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Kunst zu garantieren, indem es nachhaltig den Ordnungsrahmen und die finanziellen Grundlagen dafür

bereitstellt, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne politische oder wirtschaftliche Einflussnahme lehren und forschen können.

5. Wirtschaft

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg hat die Bedrohung durch Desinformation erkannt: Unternehmen und Forschungseinrichtungen sehen sich zunehmend Angriffen ausgesetzt, die ökonomische Schäden verursachen können – von gefälschten Bewertungen über die Diskreditierung von Produkten bis hin zur Infragestellung von Qualität und Sicherheit. Diese Angriffe gefährden Wettbewerbsfähigkeit, Investitionsvertrauen und Innovationskraft.

Zentrale Akteurinnen und Akteure haben bereits erste Schritte eingeleitet, um die Resilienz gegenüber Desinformation zu stärken. Zu erwähnen ist beispielsweise der **Fachtag „Demokratieförderung erfolgreich gestalten“** der IHK Region Stuttgart, der Unternehmen Ansätze und konkrete Anregungen an die Hand gab, wie demokratische Werte aktiv gefördert werden können.

Darüber hinaus stellt der Wirtschaftssektor einen überaus großen Multiplikator dar: Im Wirtschaftsbereich ermöglichen etablierte Netzwerke zu Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Verbänden den Zugang zu rund 5 Millionen Beschäftigten.

IV. Was wir als Nächstes anpacken

Die zahlreichen bestehenden Programme und Projekte in Baden-Württemberg zeigen, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation im Land bereits breit verankert und wirkungsvoll umgesetzt werden. Hinsichtlich der vielfältigen Aktivitäten werden wir z. B. durch zielgerichtete Abstimmungen die gemeinsame Schlagkraft weiter erhöhen. Zugleich zeigen sich in Einzelaspekten Weiterentwicklungspotenziale – etwa im Bereich der Detektion, die gesetzlich ausschließlich dem Landesamt für Verfassungsschutz vorbehalten und auf verfassungsschutzrelevante fremdstaatliche sowie extremistische Desinformation begrenzt ist. Mit den nun folgenden Maßnahmen soll die Zusammenarbeit über Fachgrenzen hinweg gestärkt und die Wirkung vorhandener Ansätze gezielt erweitert werden

1. Übergreifende Maßnahmen

Um die bestehenden Aktivitäten in Baden-Württemberg noch besser zu vernetzen und ihre Wirkung weiter zu erhöhen, bedarf es bereichsübergreifender Maßnahmen, die Zusammenarbeit, Austausch und Wissenstransfer stärken. Ziel ist es, Synergien zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren zu schaffen, Informationsflüsse zu verbessern und den Aktionsplan als lebendiges, lernendes System weiterzuentwickeln, mit dem Desinformation wirksam begegnet werden kann. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger im Land in einer gesunden Demokratie leben, in der sie ihre Meinung frei äußern und an demokratischen Prozessen aufgeklärt, informiert und ohne Einflussnahme von außen teilnehmen können. Dies wollen wir erreichen, indem wir das Vertrauen in staatliche Institutionen stärken und die öffentliche Auseinandersetzung vor verdeckter Einflussnahme durch Desinformation schützen. Die folgenden Maßnahmen legen hierfür die Grundlage:

- **Gemeinsame Informationskampagne gegen Desinformation**

Wir beabsichtigen, eine landesweite Informationskampagne gegen Desinformation zu initiieren, die unter einem einheitlichen Erscheinungsbild steht und bereichsübergreifend eingesetzt werden kann. Ziel ist es, wissenschaftlich fundierte Inhalte, klare Botschaften und praxisnahe Empfehlungen breit zu vermitteln – von Bildungseinrichtungen über Wissenschaft und Wirtschaft bis hin zu Medien und Zivilgesellschaft. Die Kampagne soll bestehende Kommunikationskanäle bündeln, geprüfte Materialien zentral bereitstellen und die öffentliche Sichtbarkeit des Themas Desinformation stärken.

- **Forum gegen Desinformation Baden-Württemberg**

Wir fördern die fachübergreifende Zusammenarbeit, indem wir mit einem Forum gegen Desinformation Baden-Württemberg, welches sich zunächst an die bisher an der Taskforce Desinformation beteiligten Ressorts und Organisationen richtet, eine regelmäßige Austauschplattform etablieren. Dort werden aktuelle Entwicklungen vorgestellt, Erfahrungen geteilt und die Umsetzung des Aktionsplans fortlaufend begleitet. Das Forum dient zugleich der Identifizierung neuer Bedarfe und der Abstimmung gemeinsamer Schwerpunkte.

- **Wissenschaftlich fundierte Zusammenarbeit**

Wir fördern den strukturierten Austausch mit der Wissenschaft, indem wir eine regelmäßige Dialogplattform mit Akteurinnen und Akteuren etablieren, die im Bereich Sensibilisierung, Aufklärung und Erstellung von Inhalten tätig sind. Ziel ist es, Inhalte wissenschaftlich zu fundieren, aktuelle Forschungserkenntnisse – etwa zu Themen wie „debunking“, „prebunking“⁷ oder „kognitive Immunisierung“⁸ – frühzeitig einzubeziehen und Strategien gegen neue Herausforderungen – insbesondere den Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Erstellung und Verbreitung von Desinformation – zu entwickeln.

- **Kooperation mit Faktencheck-Organisationen**

Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit Faktencheck-Organisationen an, um bestehende Lücken bei der Erkennung und Einordnung von Desinformation zu schließen. Ziel ist es, gemeinsam Verfahren und Kommunikationswege zu entwickeln, die einen regelmäßigen Informationsaustausch ermöglichen und eine schnellere Reaktion auf Desinformationsentwicklungen fördern. Auf diese Weise soll eine verlässliche Grundlage für koordinierte, faktenbasierte Gegenmaßnahmen geschaffen werden.

- **Aufbau eines Netzwerks von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren**

Wir bauen ein breit angelegtes Netzwerk von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf, das alle gesellschaftlichen Gruppen mit faktenbasierten Informationen erreicht und über das die im Rahmen der Informationskampagne erarbeiteten Inhalte zielgruppengerecht in alle Teile der Gesellschaft getragen werden können. Besonderes Augenmerk liegt auf der zügigen Einbindung von Partnerinnen und Partnern aus Zivilgesellschaft, Vereinen und klassischen Medien. Wir etablieren zudem einen regelmäßigen Austausch mit dem Netzwerk, damit dessen Mitglieder Impulse für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Informationsmaterialien geben können.

- **Zentraler Webauftritt der Taskforce Desinformation**

Wir beabsichtigen, für die Taskforce Desinformation einen zentralen Webauftritt einzurichten, der als Drehscheibe zum Thema Desinformation im Land fungiert. Die Plattform soll in erster Linie auf bestehende Angebote und Inhalte der beteiligten Akteurinnen und Akteure verlinken und einen schnellen Überblick über aktuelle Aktivitäten, Informations- und Bildungsangebote ermöglichen. Ergänzend soll ein Veranstaltungskalender eingerichtet werden, der Termine, Fachtagungen und Aktionen zum Themenfeld Desinformation bündelt und so Transparenz und Vernetzung fördert.

Mit diesen fachübergreifenden Maßnahmen wird die Grundlage geschaffen, auf der die weiteren, bereichsspezifischen Initiativen aufbauen.

⁷ Mit Debunking-Maßnahmen werden Falschinformationen identifiziert und richtiggestellt, während Prebunking-Ansätze darauf abzielen, die Bevölkerung frühzeitig für Desinformation zu sensibilisieren und ihre Widerstandskraft zu stärken.

⁸ Kognitive Immunisierung bedeutet, Menschen mental zu befähigen, Desinformation zu durchschauen, bevor sie daran glauben. Sie ist ein Schutzmechanismus des kritischen Denkens – und ein Ziel von Bildungs- und Präventionsmaßnahmen im Bereich Medienkompetenz.

2. Sicherheit

Auch im Sicherheitsbereich ergeben sich aus den aktuellen Herausforderungen Bedarfe, denen wir Rechnung tragen müssen. Die rasante Entwicklung digitaler Kommunikationsräume und der Einsatz automatisierter Technologien – etwa durch Bots⁹ – ermöglichen die massenhafte Verbreitung von Desinformation mit minimalem Aufwand. Um diesen Aktivitäten wirksam zu begegnen, müssen Analyse-, Präventions- und Kommunikationsstrukturen kontinuierlich gestärkt werden.

- **Ausbau von Monitoring- und Analysekapazitäten**

Wir setzen uns für eine Stärkung der Kapazitäten des Landesamtes für Verfassungsschutz im Bereich der Open-Source-Analyse und der automatisierten Massendatenanalyse ein. Damit stärken wir unsere Möglichkeiten, um Desinformationsaktivitäten mit fremdstaatlichem oder extremistischem Hintergrund im digitalen Raum frühzeitig zu erkennen, einzuordnen und gezielt gegenzusteuern.

- **Etablierung eines regelmäßigen Informationsformats**

Mit einem neuen, regelmäßig erscheinenden „Fokus Desinformation“ der Taskforce Desinformation schaffen wir ein impulsgebendes Informationsmedium zu diesem Thema. Das Format bündelt aktuelle Erkenntnisse, macht exemplarische Fälle nachvollziehbar und fasst aktuelle Maßnahmen und Veranstaltungen zu Desinformation zusammen. Es soll dazu beitragen, Wissen aus der Sicherheitsarbeit für die breite Öffentlichkeit nutzbar zu machen – verständlich, fundiert und zielgruppenorientiert. So entsteht ein vielfältiges Informationsangebot, das Transparenz schafft, Vertrauen stärkt und die gesamtgesellschaftliche Widerstandskraft gegenüber Desinformation nachhaltig erhöht.

- **Landesweite Sensibilisierung der Polizei**

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung hybrider Bedrohungen ist die Stärkung des Bewusstseins und die Steigerung der Sensibilität – insbesondere innerhalb der Polizei Baden-Württemberg – für die damit einhergehenden Gefährdungsmomente von zentraler Bedeutung für die institutionelle Resilienz gegenüber Spionage, Sabotage und Desinformation.

Die Sensibilisierung in diesen Bereichen stellt eine fortlaufende und dauerhafte sicherheitspolitische Aufgabe dar. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg unterstützt dies mit einem mehrstufigen Konzept zur Sensibilisierung der Polizei. Ziel ist die dauerhafte Verankerung der Thematik in der polizeilichen Aus- und Fortbildung und damit die nachhaltige Stärkung der inneren Sicherheit.

⁹ In sozialen Medien bezeichnet ein Bot meist automatisierte Konten („Social Bots“), die Beiträge posten, Inhalte teilen oder liken, Diskussionen beeinflussen oder bestimmte Meinungen künstlich verstärken. Diese Bots können Desinformation verbreiten, weil sie so wirken, als kämen viele echte Menschen zu denselben Schlussfolgerungen oder politischen Ansichten.

- **Prüfung von Handlungsoptionen bei Desinformation im Kontext von Wahlen**

Gezielte Desinformationskampagnen können die demokratische Willensbildung erheblich beeinträchtigen und den öffentlichen Frieden und das Vertrauen in den Rechtsstaat bedrohen. Wir setzen uns daher für eine Prüfung ein, ob und inwieweit über die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten hinaus weiterer Handlungsbedarf besteht, um gezielten Desinformationskampagnen wirksam entgegenzusteuern.

Insgesamt leisten damit die Sicherheitsbehörden einen entscheidenden Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Schutzstrategie gegen Desinformation und schaffen die Voraussetzung, Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, wirksam zu begegnen und die demokratische Widerstandskraft des Landes nachhaltig zu stärken.

3. Bildung und Medienkompetenz

Im Bildungsbereich sollen die bereits bestehenden vielfältigen Aktivitäten zur Stärkung von Nachrichten-, Informations- und Medienkompetenz gezielt ausgebaut und weiterentwickelt werden. Ziel ist es, insbesondere Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern nachhaltig zu befähigen, Desinformation zu erkennen, kritisch zu hinterfragen und verantwortungsvoll mit digitalen Informationen umzugehen. Folgende Einzelmaßnahmen sollen dazu beitragen

- **Ausweitung von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte**

Wir weiten die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in den Themenbereichen Desinformation sowie Nachrichten- und Medienkompetenz aus. Diese Formate greifen aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen auf – etwa den Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Desinformation und Einflussnahme auf die politische Willensbildung. Die Lehrkräftefortbildungen sollen lebenswelt- und handlungsorientierte Zugänge und Methoden vermitteln, um Desinformation in allen schulischen Handlungsfeldern wirksam entgegenzutreten.

- **Intensivierung der Zusammenarbeit bei Informations- und Unterstützungsangeboten**

Wir intensivieren die Zusammenarbeit bei der Entwicklung bedarfsgerechter Informations- und Unterstützungsangebote für Schulen, die außerschulische Bildungsarbeit sowie die Erwachsenen- und Elternbildung. Dabei wird die Vernetzung von relevanten Akteurinnen und Akteuren und Einrichtungen optimiert und vorhandene Angebote, Maßnahmen und Projekte wechselseitig verlinkt. Daneben soll ein differenziertes und bedarfsgerechtes Angebotsportfolio aufgebaut und weiterentwickelt werden.

- **Erhöhung der Sichtbarkeit und Transparenz von Informations-, Beratungs- und Bildungsangeboten**

Wir erhöhen die Sichtbarkeit und Transparenz bestehender Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote, damit eine kontinuierliche Sensibilisierung für die Bedeutung

von Nachrichten- und Informationskompetenz stattfindet. Dabei werden bestehende Unterstützungsangebote umfassend und zielgruppenspezifisch beworben.

- **Nachhaltige Stärkung der Nachrichten- und Informationskompetenz auf allen Ebenen von Schule**

Wir stärken die Nachrichten- und Informationskompetenz auf allen Ebenen von Schule nachhaltig, indem wir Maßnahmen zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen für die Gefahren von Desinformation implementieren sowie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern bei der Entwicklung innovativer Formate intensivieren. Auch auf der Ebene des Fachunterrichts wird die Medienkompetenz kontinuierlich gestärkt.

- **Verstetigung der Zusammenarbeit im Rahmen von „IMuN gegen Desinformation“**

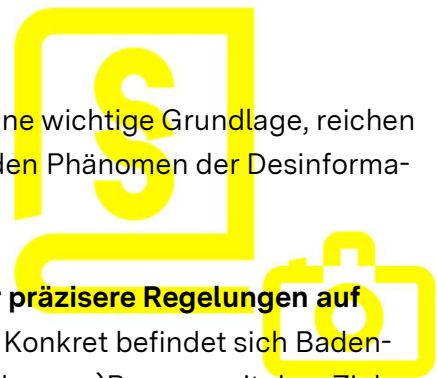
Wir richten zur Verstetigung der Abstimmung und Zusammenarbeit im Bereich von Schule und Bildung einen Runden Tisch „IMuN gegen Desinformation“ (Informations-, Medien- und Nachrichtenkompetenz) ein. Diese Plattform dient der wechselseitigen Information über Vorhaben und Maßnahmen, dem Austausch bewährter Praxisbeispiele sowie der Identifizierung neuer Bedarfe im Themenfeld Desinformation und der Entwicklung gemeinsamer Zielvorstellungen und Handlungsmöglichkeiten.

Mit diesen Maßnahmen wird die Bildungsarbeit in Baden-Württemberg gezielt vertieft, vernetzt und dauerhaft gestärkt – als entscheidende Grundlage für kritisches Denken, informierte Entscheidungen und demokratische Widerstandskraft.

4. Medienregulierung

Die bestehenden Instrumente der Medienregulierung bilden eine wichtige Grundlage, reichen jedoch bislang nicht aus, um dem sich dynamisch entwickelnden Phänomen der Desinformation wirksam zu begegnen.

Wir prüfen daher fortlaufend, inwieweit weitergehende oder präzisere Regelungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene erforderlich sind. Konkret befindet sich Baden-Württemberg derzeit mit anderen Ländern in einem (Gesetzgebungs-)Prozess mit dem Ziel, digitale Kommunikationsräume besser zu schützen und manipulativen Einfluss im digitalen Raum zu begrenzen, um die demokratische Willensbildung zu sichern



V. Unser Blick nach vorne

Die Herausforderungen durch Desinformation sind vielfältig und dynamisch. Mit diesem Aktionsplan stellt sich Baden-Württemberg ihnen mit Entschlossenheit und gemeinsamer Verantwortung. Wir bündeln die Kräfte aus Sicherheit, Bildung, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft – als tragende Säulen unserer Demokratie – und schaffen damit die Grundlage, Desinformation frühzeitig zu erkennen, ihr gezielt zu begegnen und ihre Wirkung zu begrenzen.

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Land vor Desinformation ist kein einmaliges Projekt, sondern ein Prozess des Lernens und Weiterentwickelns. Er verlangt Wachsamkeit, Kooperation und Mut, neue Wege zu gehen. Wir werden die in diesem Aktionsplan dargestellten Maßnahmen konsequent umsetzen, evaluieren und anpassen, um Baden-Württemberg dauerhaft widerstandsfähig zu machen.

So entsteht ein lernendes System, das auf Vertrauen und Zusammenarbeit basiert und unsere Demokratie stärkt, wo andere sie zu schwächen versuchen. Die Informationsräume im Land werden mit Zuversicht und Klarheit geschützt, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Zukunft frei und aufgeklärt mitentscheiden können.

Baden-Württemberg bleibt damit auch in Zukunft ein Land, das auf Wissen, Verantwortung und Zusammenhalt gründet.